

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 29.09.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:10 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Stange
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 25.08.2025	2265/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Anforderungsprofil für städtische Aufträge an private Sicherheits- dienste/Security-Firmen Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	0391/25

5.2.	Waschbären in Erfurt: Hat die Stadt die Populationsentwicklung auf dem Schirm? Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	0474/25
5.3.	Dr. Friedel Ziegenhahn Kneippbecken Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	1781/25
5.4.	Amt für Migration: Wie läuft die Konzeptionierung? Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1828/25
5.5.	Bevölkerungswarnung durch Sirenen Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Frenzel hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	1893/25
5.6.	Bewirtschaftung derachteulen-Haushaltsstelle: Welche Ausgaben wurden getätigt? Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	2116/25
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern BE: Vertreter der Fraktion Die Linke hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	1424/25
6.1.1.	Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und Die Linke zur DS 1425/25 - Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern	2396/25
6.2.	Aufbau eines First-Responder-Systems nach Wiener Vorbild zur Verbesserung der Notfallversorgung in Erfurt BE: Vertreter der Fraktion AfD hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	1516/25

- | | | |
|------|---|----------------|
| 6.3. | Einführung einer Ersthelfer-App für die Landeshauptstadt Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit | 1517/25 |
| 6.4. | Einführung eines Rauchverbots im Erfurter Bahnhofstunnel
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit | 1908/25 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung OSOE vom 02.06.2025 zum TOP 3.1 Sachstand zur Umsetzung Feuerwehrsbedarfs- und Entwicklungsplan (DS 1024/25) hier: Nachfragen
BE: Komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz hinzugezogen: Stadtfeuerwehrwart | 1537/25 |
| 7.2. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung OSOE vom 25.08.2025 zum TOP 6.9 - Einführung eines Rauchverbots im Erfurter Bahnhofstunnel (DS 1908/25) hier: geplante Aktionen
BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
Leiterin der Geschäftsstelle KPR | 2037/25 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Sachstand zur Umsetzung Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan
BE: Komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
hinzugezogen: Stadtfeuerwehrwart | 1024/25 |
| 8.2. | Evaluation des Pilotprojektes Erfurter Nachteulen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit | 2205/25 |
| 8.3. | Mündliche Informationen | |
| 8.4. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die anwesenden Gäste sowie die Vertreter der Ämter. Zu diesem Zeitpunkt waren elf stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange informierte die Ausschussmitglieder über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

- Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.2, Drucksache 0474/25 Waschbären in Erfurt: Hat die Stadt die Populationsentwicklung auf dem Schirm? - durch den Einreicher auf die Sitzung im November.
- Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.1, Drucksache 1024/25 – Sachstand Feuerwehrbedarfsplan – mit dem Tagesordnungspunkt 7.1, Festlegung Drucksache 1537/25 – Fragen der Ausschussmitglieder. Des Weiteren sollen die Tagesordnungspunkte nach dem Tagesordnungspunkt 4, aufgrund der anwesenden Gäste, beraten werden.
- Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.2 – Evaluation des Pilotprojektes Erfurter Nachteulen mit dem Tagesordnungspunkt 5.6 Drucksache 2116/25 – Bewirtschaftung der Nachteulen-Haushaltsstelle: Welche Ausgaben wurden getätigt? - und Beratung nach dem Feuerwehrbedarfsplan.
- Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes 6.4 Drucksache 1908/25 – Rauchverbot im Erfurter Bahnhofstunnel – mit dem Tagesordnungspunkt 7.2 – Festlegung aus der öffentl. Sitzung OSOE vom 25.08.25 ... Einführung eines Rauchverbotes im Erfurter Bahnhofstunnel, ... geplante Aktionen- unter dem Tagesordnungspunkt 6.4.

Gegen die o.g. Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

Des Weiteren informierte die Ausschussvorsitzende über einen verspätet eingereichten Sachantrag (Drucksache 2396/25) zum Tagesordnungspunkt 6.1 Drucksache 1424/25 – Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen – Feste und Umzüge feiern. Frau Stange stellte die Behandlung der Drucksache 2396/25 – Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN und Die Linke zur DS 1425/25 – Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen –Feste und Festumzüge feiern zur Abstimmung:

bestätigt: Ja 6 Nein 0 Enthalten 4

Somit wurde die erforderliche Mehrheit erreicht und die Drucksache 2396/25 wird gemeinsam mit der Drucksache 1424/25 unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 beraten.
Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen zur Tagesordnung vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

bestätigt: Ja 11 Nein 0 Enthalten 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 25.08.2025 2265/25

Die Niederschrift wurde wie folgt:

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Anforderungsprofil für städtische Aufträge an private Sicherheitsdienste/Security-Firmen 0391/25 **Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange** **hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe**

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.2. Evaluation des Pilotprojektes Erfurter Nachteulen beraten.

Frau Stange, Fraktion Die Linke, erkundigte sich, ob die Ausschreibung für die privaten Sicherheitsdienste/Security-Firmen jährlich erfolgen und wie hoch die Anzahl der Sicherheitsfirmen sei, die für die Landeshauptstadt Erfurt tätig seien.

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, erklärte, dass die Ausschreibungen jährlich stattfänden. Für den Allstadtfrühling 2026 erfolgte bereits die Ausschreibung. Die Beauftragung sei allerdings vom Veranstalter abhängig. Frau Langguth fügte hinzu, dass auch geprüft werde, in wie weit Zweijahresverträge abgeschlossen werden können. Des Weiteren sind derzeit drei Bewachungsfirmen für die Landeshauptstadt tätig.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, erkundigte sich, ob nur lokal ansässige Sicherheitsfirmen in Erfurt ausgeschrieben werden oder auch überregionale Firmen. Der Referent des Dezerna-

tes für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit erklärte, dass die sogenannten Wertgrenzen festlegen ob die Ausschreibung regional oder überregional erfolgen muss.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf folgende Festlegung:

Bezugnehmend auf die Beantwortung der Anfrage DS 0391/25 – Anforderungsprofil für städtische Aufträge an private Sicherheitsdienste / Security-Firmen - bat Frau Stange, Fraktion Die Linke, um die konkrete Beantwortung der Frage 2 ihrer Anfrage hinsichtlich der Kosten: Bei welchen städtischen Veranstaltungen kamen 2023 sowie 2024 welche privaten Sicherheitsfirmen zum Einsatz, <u>welche Kosten entstanden dadurch der Stadt</u> (bitte Einzelaufstellung). Die gewünschte Einzelaufstellung der Kosten hat in der Anlage zur Beantwortung gefehlt. T.: 17.11.2025 V.: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	DS 2406/25
---	--------------------------

zur Kenntnis genommen

- | | |
|--|-----------------------|
| <p>5.2.</p> <p>Waschbären in Erfurt: Hat die Stadt die Populationsentwicklung auf dem Schirm?</p> <p>Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck</p> <p>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit</p> | <p>0474/25</p> |
|--|-----------------------|

Siehe Änderung der Tagesordnung

vertagt

- | | |
|--|-----------------------|
| <p>5.3.</p> <p>Dr. Friedel Ziegenhahn Kneippbecken</p> <p>Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange</p> <p>hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt</p> | <p>1781/25</p> |
|--|-----------------------|

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange, Fraktion Die Linke, verwies auf die wunderbare Landschaft in welcher das Kneippbecken gebaut wurde und die hohe Anzahl der Erfurter Bürger, welche dieses nutzen. Allerdings würde die Frage im Raum stehen, wer für die Pflege zuständig sei und ob bereits ein Vertrag zwischen der Stadtverwaltung und dem Kneipp-Verein Erfurt geschlossen wurde. Sie wies darauf hin, dass es wichtig sei, gemeinsam das Kneippbecken als Anziehungspunkt zu erhalten. Frau Stange bat um das Rederecht für den

Vertreter des Kneipp-Verein Erfurt. Dagegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, erklärte, dass das Garten- und Friedhofsamt die Vereinbarung mit dem Kneipp-Verein Erfurt unterzeichnet habe.

Die Ausschussvorsitzende bat darum, den Vertrag zur Kenntnis zu bekommen.

Der Vertreter des Kneipp-Vereins Erfurt erklärte, dass er seit Februar 2025 der neue Vorsitzende des Kneipp-Vereins Erfurt sei. Der Verein kümmert sich um das Areal des Kneippbeckens, so dass dieses attraktiv bleibt und genutzt werden kann. Der um das Becken angebrachte Zaun würde allerdings dazu verleiten, etwas darüber zu werfen. Auch wurde das Kneippbecken bereits mit Graffiti verunreinigt. Des Weiteren würden einige Menschen mit ihren Hunden durch das Kneippbecken gehen. Die Vereinbarung zwischen dem Garten- und Friedhofsamt und dem Kneipp-Verein Erfurt wurde im September 2025 unterschrieben. Die eingesetzten Mittel zur Reinigung des Beckens in Höhe von jährlich 250 – 300 EUR wurden bisher vom Kneipp-Verein übernommen. Das Kneippbecken sei Eigentum der Stadt Erfurt und dies solle auch so bleiben. Die Reinigung des Beckens erfolge 3-4 mal pro Woche mit einem Kescher. Des Weiteren habe der Verein bereits den Ortsteilbürgermeister des Ortsteiles Moskauer Platz eingeladen. Der Vorsitzende des Kneipp-Vereins erklärte, dass ein Abfluss im Kneippbecken fehle und auch die Verschmutzung des Bodens zugenommen habe. Hier bestehe Rutschgefahr.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, erklärte, dass sie bereits am 23. Juli 2025 eine Information an das Garten- und Friedhofsamt gesendet hätte, da zu diesem Zeitpunkt das Kneippbecken sehr verschmutzt gewesen sei. Die Antwort würde sich mit den im Ausschuss vorliegenden Informationen decken. Sie wünschte dem Erfurter Kneipp-Verein viel Durchhaltekraft und schlug vor, an die Vernunft der Bürger zu appellieren. Des Weiteren regte sie an, dass der Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz den Kneippverein mit nicht verausgabten Ortsteilmitteln unterstützen könnte.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, bedankte sich für die Arbeit des Kneipp-Vereins und verwies auf eine von ihm gestellte Anfrage aus dem Jahr 2021. Er fügte hinzu, dass sich der Zustand des Kneippbeckens bereits verbessert habe.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange bedankte sich im Namen der Ausschussmitglieder für die Arbeit des Kneipp-Vereins sowie für die Berichterstattung im Ausschuss.

zur Kenntnis genommen

5.4. Amt für Migration: Wie läuft die Konzeptionierung?
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

1828/25

Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, in wie weit Nachfragen zur Anfrage gestellt werden dürften.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/Sitzungsdienst, wies darauf hin, dass es sich bei der Anfrage um eine Angelegenheit nach § 29 Abs. 1, Abs. 3 ThürKO handle und somit kein Informationsrecht für Stadtratsmitglieder besteht. Des Weiteren wurden die Ausschussmitglieder bzw. Stadtratsmitglieder darauf hingewiesen, Nachfragen bzw. Anfragen in Angelegenheiten die den Übertragenen Wirkungskreis betreffen bzw. die der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit erledigt, nicht übergebührend zu beanspruchen.

Es lagen keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vor.

zur Kenntnis genommen

5.5. Bevölkerungswarnung durch Sirenen
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Frenzel
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Si-
cherheit, Bürgerservice und Gesundheit

1893/25

Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, zeigte sich von den umgesetzten Maßnahmen zur Sireneninfrastruktur enttäuscht. Er verwies auf die Wetterextreme, wie Starkregen im Jahr 2012 und das Hochwasser im Jahr 2013. Es gäbe mittlerweile immer mehr extreme Wetterlagen, da sei es schade, dass in Erfurt im Zeitraum 2019 -2025 lediglich eine Sirene erneuert wurde. Des Weiteren erkundigte er sich, welche Maßnahmen für das Jahr 2025 bereits umgesetzt wurden bzw. welche Sirenen bereits ausgeschrieben wurden.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erklärte, dass es richtig sei, dass in den letzten Jahren zu wenig erreicht wurde. Allerdings seien derzeit 21 Sirenen in Betrieb und der Neubau von 26 weiteren Sirenen sei geplant. Des Weiteren gab es Lieferprobleme bei einer Sirene, so dass diese neu ausgeschrieben werden musste.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, erkundigte sich, ob die Sirenen einzeln ausgeschrieben würden oder gebündelt.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erklärte, dass die Ausschreibung von Sirenen komplex sei, da zuerst ein Beschallungsgutachten erstellt werden müsse. Erst danach könne die Ausschreibung erfolgen. Vereinzelt werden auch Sirenen gemeinsam ausgeschrieben.

Herr Frenzel bat darum, dem Ausschuss in ca. einem Dreivierteljahr einen aktuellen Sachstandbericht bzw. eine Übersicht über die geplanten bzw. umgesetzten Maßnahmen zur Sireneninfrastruktur in der Landeshauptstadt Erfurt zu geben.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf folgende Festlegung:

Die Ausschussmitglieder bitten um einen aktuellen Sachstandbericht bzw. eine Übersicht über die geplanten bzw. umgesetzten Maßnahmen zur Sireneninfrastruktur in der Landeshauptstadt Erfurt. T.: 08.06.2026 V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	DS 2407/25
--	------------

Herr Schuchhardt, sachkundiger Bürger, verwies auf die Flutkatastrophe im Ahrtal und die vielen Todesopfer, welche bei ausreichender und rechtzeitiger Vorwarnung hätten vermieden werden können. Er war Mitglied es dortigen Krisenstabes. Er mahnte zur Eile bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Sireneninfrastruktur, da auch bereits 2024 die Unwetter sehr intensiv waren und die Feuerwehren zu vielen Einsätzen ausrücken mussten.

Herr Mroß erkundigte sich, ob für die geplanten Maßnahmen die Mittel gesichert seien und im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 eingestellt wurden.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz äußerte, dass die Mittel auf der entsprechenden Haushaltsstelle eingestellt wurden.

zur Kenntnis genommen

- 5.6. **Bewirtschaftung derachteulen-Haushaltsstelle: Welche Ausgaben wurden getätigt?** 2116/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.2 nach dem Tagesordnungspunkt 8.1 Umsetzung des Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1.

zur Kenntnis genommen

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. **Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern** 1424/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt 6.1 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1.1 beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange äußerte, dass der Antrag bereits im Stadtrat diskutiert wurde und nun mit Leben gefüllt werden sollte.

Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, wies darauf hin, dass der Antrag zukünftig Bürokratie vermeiden und den Vereinen zusätzlichen Aufwand bzw. zusätzliche Kosten ersparen soll.

Herr Grote, sachkundiger Bürger, äußerte sein Bedauern darüber, dass der Änderungsantrag so kurzfristig eingereicht wurde, da er sich gern intensiver mit dem Antrag beschäftigt hätte. Des Weiteren hinterfragte er die Sichtweise der Stadtverwaltung.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit Frau Langguth wies darauf hin, dass sich auch die Stadtverwaltung weniger Bürokratie wünsche. Allerdings ist Terrorschutz eine kommunale Aufgabe, so dass dieser nicht über die Veranstalter läuft. Des Weiteren würden das Bürgeramt, die Kulturdirektion sowie das Tiefbau- und Verkehrsamt meistens einen gemeinsamen Konsens zu Gunsten einer erfolgreichen Veranstaltung finden.

Frau Stange fasste zusammen, dass eine Anleitung für die Vereine und Verbände zur Antragstellung schon gut und wichtig sei.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, hinterfragte den hier eingebrachten Antrag, da es die geforderten Konzepte bereits gäbe und diese auch umgesetzt würden.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, schloss sich den Ausführungen Herrn Goldsteins an und erklärte, dass sie aus eigener Erfahrung wüsste, dass man genügend Unterstützung bei der Antragstellung erhalte.

Die Ausschussvorsitzende erkundigte sich, in wie weit die Stellungnahme vorläge und bat um das Votum für den eingereichten Änderungsantrag in Drucksache 2396/25 - Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und Die Linke zur DS 1425/25 - Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern.

Frau Langguth erklärte, dass sie den Beschluss, für den Fall, dass er beschlossen werde, beanstanden müsse, da es sich um Aufgaben aus dem Übertragen Wirkungskreis handeln würde.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordination/Sitzungsdienst wies darauf hin, dass nicht erwartet werden kann, dass zu Anträgen die erst eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn eingereicht werden, schon eine Stellungnahme vorläge. Der Termin für die Abgabe eines Antrages sei der Donnerstag vor dem Sitzungstermin. Des Weiteren verwies er auf die Einhaltung der Geschäftsordnung.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRTAEN, wies darauf hin, dass die Stadträte diese Tätigkeit ehrenamtlich ausüben würden und somit nicht immer dazu kämen, die Anträge rechtzeitig zu formulieren.

Die Ausschussvorsitzende merkte an, dass sich bei der Beantwortung von Anfragen auch nicht immer an den in der Geschäftsordnung festgelegten Zeitraum gehalten werde.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag in Drucksache 2396/25 - Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und Die Linke zur DS 1425/25 - Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, für die Ursprungsdrucksache 1424/25 - Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern - nicht zu votieren.

kein Votum

6.1.1. Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und Die Linke zur DS 2396/25
1425/25 - Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen
- Feste und Festumzüge feiern

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

6.2. Aufbau eines First-Responder-Systems nach Wiener Vor- 1516/25
bild zur Verbesserung der Notfallversorgung in Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Si-
cherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, wies darauf hin, dass der im Thüringer Landtag eingebrachte Gesetzesentwurf leider nicht angenommen wurde und bat daher um Zustimmung zur Drucksache.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz ging noch einmal auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und erklärte, dass die Stadt bereits bemüht sei, Kräfte der Feuerwehr als First Responder einzusetzen. Allerdings sei hier ein landeseinheitliches System wichtig. Daher sollten Lösungsvorschläge auf Landesebene getroffen werden, da Insellösungen kein guter Weg sind.

Da keine weiteren Fragen bzw. Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende Frau Stange die Drucksache 1516/25 zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.3. Einführung einer Ersthelfer-App für die Landeshauptstadt Erfurt 1517/25**
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, begründete kurz den Antrag und bat um Zustimmung zur Drucksache.

Da keine weiteren Fragen bzw. Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende Frau Stange die Drucksache 1517/25 zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.4. Einführung eines Rauchverbots im Erfurter Bahnhofstunnel 1908/25**
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.2 Drucksache 2037/25 beraten.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, erkundigte sich nach den, vom Kriminalpräventiven Rat geplanten Aktionen für einen „Rauchfreien Bahnhofstunnel“.

Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates erklärte, dass Ende des Jahres gemeinsame Aktionen unter anderem mit den Erfurter Verkehrsbetrieben geplant seien. Des Weiteren soll ein Video mit einem Appell des Oberbürgermeisters veröffentlicht werden. Zusätzlich verstärkt die Erfurter Verkehrsbetriebe AG ihre diesbezüglichen Durchsa-

gen im Bereich des Bahnhofstunnels und lässt auch auf den Anzeigentafeln eine entsprechende Laufschrift veröffentlichen. Die Ringe an den Papierkörben werden leider immer wieder demontiert und gestohlen und müssen daher ständig erneuert werden. Zusätzlich zu den Aktionen sei geplant, dass das Tiefbau- und Verkehrsamt noch entsprechende Bodenmarkierungen (wie die Raucherzonen auf dem Bahnsteig) vor und nach dem Bahnhofstunnel anbringt. Die genauen Termine zum Aktionsstart stehen noch nicht fest, es werde aber eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlicht.

Herr Grote, sachkundiger Bürger, erkundigte sich, warum gerade diese Sorte Papierkörbe angeschafft wurde. Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates äußerte, dass dies damit zusammenhängt, dass bei den alten Mülleimern der Rand als Ablage genutzt wurde und dies ein Sauberkeitsproblem darstellte. Derzeit werde nach einer geeigneten Lösung für das Mülleimerproblem gesucht.

Herr Goldstein erkundigte sich nach einem ungefähren Termin für den Aktionsstart. Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates erklärte, dass dieser ursprünglich für den 29.10.2025 geplant sei, allerdings würden noch einige Zusagen fehlen.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordination/Sitzungsdienst verwies auf die noch im Bahnhofstunnel befindlichen Plakate zum „rauchfreien Bahnhofstunnel“. Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates ergänzte, dass diese bereits seit April 2025 hängen, allerdings seien einige Aufkleber durch die Bahnhofstunnelreinigung nicht mehr vorhanden. Für das nächste Jahr suche man nach Lösungen, die länger halten und besser sichtbar seien.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, erkundigte sich, wer sich hinter dem Kriminalpräventiven Rat verberge und fügte hinzu, dass er bisher keine Einladung vom Kriminalpräventiven Rat bekommen hätte. Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates erklärte, dass die Einladungen immer an die Geschäftsstellen der einzelnen Fraktionen gehen würde.

Herr Goldstein begrüßte die geplanten Aktionen des Kriminalpräventiven Rates und fragte nach, in wie weit es eine rechtliche Grundlage z.B. die Generalklausel zur Gefahrenabwehr zur Durchsetzung des „Rauchfreien Bahnhofstunnels“ gäbe. Er regte an die Drucksache 1908/25 zu vertagen.

Der Leiter des Bürgeramtes verwies auf den Übertragenen Wirkungskreis. Die Generalklausel der Ordnungsbehördlichen Verordnung bedarf allerdings einer konkreten Gefahr. Da der Bahnhofstunnel ein untypischer Fall sei, sei es schwer, eine rechtliche Grundlage zur Durchsetzung zu finden. Derzeit sei man mit anderen Ordnungsbehörden in Kontakt und suche nach Lösungsmöglichkeiten. Ebenso wie mit dem Land Thüringen.

Die Ausschussmitglieder einigten sich einvernehmlich darauf, die Drucksache 1908/25 auf die Ausschusssitzung im Januar 2026 zu vertagen.

vertagt

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung OSOE vom 02.06.2025 1537/25**
zum TOP 3.1 Sachstand zur Umsetzung Feuerwehrsbedarfs- und Entwicklungsplan (DS 1024/25) hier: Nachfragen
BE: Komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz hinzugezogen: Stadtfeuerwehrwart

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.1 nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Genehmigung der Niederschrift beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1 Sachstand zur Umsetzung des Feuerwehrbedarfs – und Entwicklungsplan.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung OSOE vom 25.08.2025 2037/25**
zum TOP 6.9 - Einführung eines Rauchverbots im Erfurter Bahnhofstunnel (DS 1908/25) hier: geplante Aktionen
BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
Leiterin der Geschäftsstelle KPR

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.4 Drucksache 1908/25 beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 6.4.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Sachstand zur Umsetzung Feuerwehrbedarfs-und Entwicklungsplan 1024/25**
BE: Komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
hinzugezogen: Stadtfeuerwehrwart

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.1 nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Genehmigung der Niederschrift beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange begrüßte die anwesenden Vertreter der Feuerwehr und stellte das Rederecht für den Stadtfeuerwehrwart zur Abstimmung. Dieses wurde einstimmig durch die Ausschussmitglieder erteilt.

Im Anschluss ging die Ausschussvorsitzende noch einmal auf das Thema Feuerwehrbedarfsplan, Einbeziehung der freiwilligen Feuerwehren in die Erarbeitung und Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes sowie die Errichtung einer dritten Feuerwache ein. Sie wies darauf hin, dass es derzeit schwierig sei, geeignetes Personal zu erhalten bzw. nur wenige Bewerbungen auf die ausgeschriebenen Stellen vorlägen. Des Weiteren bot sie die Hilfe des Ausschusses an.

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, ging ebenfalls auf den Feuerwehrbedarfsplan ein und erklärte, dass dieser aufwendig gemeinsam mit einer externen Firma erarbeitet wurde. Auch hätten viele Rahmenbedingungen Einfluss auf den Feuerwehrbedarfsplan genommen. Des Weiteren sprach sie die verschiedenen Sichtweisen innerhalb der Feuerwehr, die Stagnation bei den Einstellungen, die Standortzusammenlegungen, die dritte Feuerwache und die Unterteilung der Berufsfeuerwehr in Feuerwehr und Rettungswache an. Frau Langguth wies darauf hin, dass die Akzeptanz der Feuerwehr benötigt werde, da es sich um eine nicht zu vernachlässigende Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Erfurt handelt.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz bedankte sich für das große politische Interesse am Feuerwehrbedarfsplan und erklärte, dass die Berufsfeuerwehr gemeinsam mit den freiwilligen Feuerwehren an der Umsetzung arbeitet. Hier sei man auf einem guten Weg. Im Bereich des Ehrenamtes sei es wichtig, die freiwilligen Feuerwehren zu optimieren und die Kräfte zu bündeln. Da die meisten ehrenamtlich tätigen Feuerwehrmitglieder berufstätig seien, ist es schwierig, bei einem Tagesalarm einen Löschzug rechtzeitig einsatzbereit zu bekommen. Auf Grund dieser Schwierigkeiten wurde gemeinsam mit dem Stadtfeuerwehrwart und den Verbandsführern eine neue Standortstruktur der Freiwilligen Feuerwehren Erfurt erarbeitet und beschlossen. Begonnen werden soll mit der Eingliederung der Feuerweereinheit Büßleben in die Feuerweereinheit Dittelstedt, am Standort Dittelstedt. Bei der Berufsfeuerwehr, sei eine dritte Feuerwache im Bereich der Leipziger Straße geplant, um die Einsatzzeiten einhalten zu können. Allerdings geht die Umsetzung langsamer als geplant. Aktuell läuft noch die Machbarkeitsstudie für den Bau der neuen Feuerwache 3. In Bezug auf die neue Regionalleitstelle Mitte erklärte der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, dass diese zu 70 % gefördert werde. Man sei auf Kurs, auch wenn die Arbeit mühsam sei.

Der Stadtfeuerwehrwart äußerte, dass die Freiwilligen Feuerwehren bereits 2022 angesprochen wurden und auch danach weitere Gespräche über die neuen Strukturen der freiwilligen Feuerwehren geführt wurden, die auch zu einem Konsens führten. Er wies darauf hin, dass die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren Bedenken davor hätten, bei der Alarmierung übergangen zu werden. Es sei den Kameraden durchaus bewusst, dass sie eine etwas längere Ausrückzeit hätten, trotzdem sollten sie nicht übergangen werden.

Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, verwies auf die geplanten Baumaßnahmen, wie die Integration der Feuerweereinheit Marbach in die neue Leitstelle oder der Neubau für die Feuerweereinheit Ilversgehofen. Er betonte, dass die Freiwilligen Feuerwehren mitgenommen werden müssten, da es sich bei der Feuerwehr um mehr als eine Pflichtaufgabe handelt. Des Weiteren sprach er das Problem der Alarmierungen an und erkundigte sich, ob die Freiwilligen Feuerwehren wie bisher alarmiert würden. Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz ging auf die Nachfragen von Herrn Frenzel ein und erklärte, dass die Alarmreihenfolge variabel sei. Durchaus sei es denkbar, dass die Freiwilligen Feuerwehren zukünftig nicht zu jedem Einsatz hinzugezogen würden. Der zuständige Abteilungsleiter ergänzte, dass die Einsatzgarantie bei den Freiwilligen Feuerwehren nicht immer vollständig gegeben sei, dennoch sei nicht geplant, die Freiwilligen Feuerwehren zukünftig nicht mehr zu alarmieren.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass die Freiwilligen Feuerwehren wichtig seien und gebraucht würden.

Frau Stange, Fraktion Die Linke, erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand zur dritten Feuerwache und hinterfragte, ob der Standort in der Leipziger Straße bereits feststünde. Der zuständige Abteilungsleiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erklärte, dass die Machbarkeitsstudie 2024 beauftragt wurde. Derzeit werde geprüft, in wie weit der Standort in der Leipziger Straße alle Anforderung hinsichtlich Entwässerung und Umweltschutz erfüllt. Nach Abschluss der Prüfung soll dann ein Planungsbüro beauftragt werden. Geplant sei die Inbetriebnahme der dritten Feuerwache im Jahr 2033.

Die Ausschussmitglieder einigten auf folgende Festlegung:

Die Ausschussmitglieder bitten um einen aktuellen Sachstandsbericht zum Stand der Machbarkeitsstudie zur geplanten Feuerwache 3 in der Leipziger Straße. T.: zur gegebener Zeit V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	DS 2404/25
---	------------

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen und bat die anwesenden Vertreter der Feuerwehr bzw. den Stadtfeuerwehrwart den Dank des Ausschusses für die geleistete Arbeit an die Kameraden der Feuerwehren bzw. der Freiwilligen Feuerwehren weiterzugeben.

zur Kenntnis genommen

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.6 nach dem 8.1 Umsetzung des Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange begrüßte die anwesenden Gäste und bat um das Rederecht für die Vertreter der Guardian Force Security GmbH. Dieses wurde einstimmig durch die Ausschussmitglieder erteilt.

Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich im Namen Herrn Robecks, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für die Beantwortung der Anfrage in Drucksache 2116/25 und erkundigte sich, ob die Anbindung von „SafeNow“ über die Stadtverwaltung oder über den Vertrag mit der Guardian Force Security GmbH erfolgt. Des Weiteren erkundigte sie sich, ob die von der Stadtverwaltung aufgeführten Sachkosten für die „Nachteulen“ aufgewendet werden oder andere Leistungen damit bestritten werden.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit Frau Langguth bedankte sich beim Referenten des Dezernates für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit für seine Arbeit als Projektleiter und ging noch einmal auf die Umsetzung des Projektes „Nachteulen“ ein. Sie fasste zusammen, dass das Projekt 2024 ins Leben gerufen wurde und bereits zum Krämerbrückenfest, dem Weinfest, in den Parkanlagen, beim Oktoberfest sowie beim Weihnachtsmarkt erfolgreich zum Einsatz gekommen sei. Es erfolgte eine Ausschreibung, durch welche in diesem Jahr ein neuer Anbieter das Projekt bekleidet. Mittlerweile wurden die Einsatzzeiten verlängert und die Erfurter Bürger und Bürgerinnen wissen was Awareness-Teams sind. Bisher seien nur positive Rückmeldungen erfolgt und auch die Zusammenarbeit mit der Citystreife und dem Bürgeramt funktioniere gut. Bezugnehmend auf die Nachfragen von Frau Wuttig erklärte Frau Langguth, dass die aufgeführten Sachkosten ausschließlich für die Nachteulen verwendet wurden. Bei der „SafeNow“-App handelt es sich um ein Projekt im Projekt, welches aus den vorgegebenen Mittel für Awareness finanziert werde. Die Stadt Erfurt sei die erste Kommune, die diese App testet, auf dem Münchener Oktoberfest sei diese bislang nur in einigen ausgewählten Festzelten eingesetzt worden. Derzeit würden ca. 800 Nutzer die App verwenden und es konnte damit bereits am Freitag bei einem Vorfall eingegriffen werden. Abschließend bedankte sich Frau Langguth für die kreative Zusammenarbeit bei den anwesenden Gästen von der Guardian Force Security GmbH sowie bei „Feuer & Flamme“.

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt, merkte an, dass sie sich in Bezug auf die Evaluierung gern eine einheitliche Struktur gewünscht hätte um die beiden Anbieter besser vergleichen zu können. So könne sie keine Bewertung abgeben.

Frau Langguth wies darauf hin, dass es zukünftig ein einheitliches Muster für die Evaluierung des Projektes geben werden.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, bedankte sich für die Arbeit der Projektbeteiligten.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf folgende Festlegung:

Die Ausschussmitglieder bitten um eine Information zur Nutzung und Akzeptanz der auf dem Erfurter Oktoberfest eingeführten „Sa-feNow“- App. T.: 17.11.2025 V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	2405/25
--	---------

zur Kenntnis genommen

8.3. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen lagen nicht vor.

8.4. Sonstige Informationen

1.

Der Leiter des Bürgeramtes informierte die Ausschussmitglieder über den Sachstand in der Einbürgerungsbehörde:

Zum Stichtag 08.09.2025 wurden folgende Zahlen mitgeteilt:

<u>Neuanträge</u>	858
Hochrechnung für 2025	1.250

Dies sind im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von ca. 140 Anträgen.

<u>Vollzogene Einbürgerungen:</u>	241(bis Ende 09/2025 geplant: 269)
Hochrechnung für 2025	350

Personelle Situation:

- die Sachgebietsleiterin ist seit 09/25 wieder aus Elternzeit im Dienst
- Die Hauptsachbearbeiterin ist seit 08/2025 in der Wiedereingliederung (aus Langzeiterkrankung)
- Durch den Beschluss im Nachtragshaushalt wurden weitere 8 Stellen für Sachbearbeiter und eine Stelle für einen Hauptsachbearbeiter geschaffen
- Die öffentliche Dauerausschreibung der Stellen für Sachbearbeiter läuft (noch)
- Im Frühjahr 2025 wurde eine geeignete Bewerberin ermittelt, diese hat das Einstellungsangebot allerdings abgelehnt
- Seit 08/2025 wurde eine Sachbearbeiterin verwaltungsintern gefunden und umgesetzt
- Anfang 08/2025 fanden erneut Bewerbungsgespräche statt, eine Einstellung ist allerdings noch nicht erfolgt
- Aktuell seien zwei weitere Sachbearbeiter im Zugang geplant (die Umsetzung erfolgt innerhalb des Bürgeramtes und durch interne Bewerbung)

Des Weiteren seien innerhalb der Einbürgerungsbehörde in den letzten Monaten auch organisatorisch noch Veränderungen für eine effizientere Antragsbearbeitung und eine weitere Verkürzung der Terminkette realisiert.

2.

Der Leiter des Bürgeramtes informierte die Ausschussmitglieder über den Sachstand zum Alkoholverzehrverbot in der Marktstraße:

Nach einem Termin mit den ansässigen Händlern wurde die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausschilderung des Alkoholverzehrverbotes vor der Kinder- und Jugendbibliothek gut sei, es aber noch Probleme im Bereich Domplatz Nord und Fischmarkt gäbe. Es sei geplant, die Beschilderung des Alkoholverzehrverbotes auf den gesamten Bereich Domplatz Nord – Hauptbibliothek – bis zum Fischmarkt auszuweiten.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, erkundigte sich, ob eine Evaluierung der Alkoholverzehrverbotszonen von Seiten der Stadt Erfurt geplant sei. Der Leiter des Bürgeramtes erklärte, dass ständig eine Evaluierung stattfände, da man im regelmäßigen Austausch stehe. Des Weiteren verwies auf den § 27a des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG).

3.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, wies in ihrer Funktion als ehemalige Orteilbürgermeisterin darauf hin, dass viele Mittel für Baumaßnahmen nicht abgerufen werden könnten, da der Stadtverwaltung die entsprechenden Mitarbeiter fehlen würden. Sie bat um eine Information, wie die entsprechenden Mittel bzw. Ortsteilmittel umgesetzt werden. Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinator/Sitzungsdienst verwies auf die Drucksache 2339/25 - Vereinfachtes Verfahren zur Verwendung der Ortsteilmittel nach §4 – bzw. die dazugehörige Stellungnahme.

4.

Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, bat um eine Information zur Situation auf dem Petersberg. Nach dem Ende einer Veranstaltung durften die gesamten Besucher den Bereich nur durch einen einzigen Ausgang verlassen. Die Besucher waren von dieser Situation nicht begeistert und auch vom Veranstalter hätte man mehr Entgegenkommen gefordert, da es in solchen Situationen leicht zu einer Panik kommen kann. Der Leiter des Bürgeramtes bat um eine konkrete Zuarbeit der Veranstaltung, um genauere Aussagen treffen zu können. Diese wurde ihm von Herrn Frenzel zugesagt.

gez. K. Stange
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in